

# *Evangelische Verantwortung*



## *Russland und der Westen – Gedanken für bessere Zeiten*

Dr. Klaus Wittmann *Seite 3*

Flüchtlingspolitik – eine der  
großen Herausforderungen  
der näheren Zukunft

Friedemann Schwarzmeier *Seite 10*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Das Projekt des vereinten Europas auf der Basis gemeinsamer humanitärer Werte darf an der akuten Flüchtlingsfrage nicht scheitern. Deshalb müssen wir gemeinsam eine europäische Antwort finden.*

die gewaltigen Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa stellen für uns eine ganz besondere humanitäre, gesellschaftliche und politische Herausforderung dar. Das Gebot der Stunde lautet jetzt: All diejenigen, die in größter Verzweiflung und aufgrund von schwerer Not und Verfolgung den Weg zu uns finden, müssen erst einmal menschenwürdig untergebracht und schnell mit allem Nötigsten versorgt werden. Die enorme ehrenamtliche Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft des ganz überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung, die in diesen Tagen zu Recht auf der ganzen Welt große Beachtung und Wertschätzung erfährt, verdient hohe Anerkennung und großen Dank. Die Ent-

scheidung von **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** in einer besonderen humanitären Notlage schnelle Hilfe zu gewährleisten, entspricht dem christlichen Menschenbild und ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe.

Ebenso wichtig ist es aber auch, dass wir in Deutschland zügig wieder ordentliche und geregelte Verfahren sicherstellen. Einerseits müssen die Asylverfahren nun mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beschleunigt werden, damit den tatsächlich Verfolgten Schutz, Hilfeleistungen und eine zügige Integrationsperspektive eröffnet werden kann. Andererseits muss auch klar sein, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl genießen, hier keine Bleibeperspektive haben können und zeitnah sowie konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Hier sind vor allem die Bundesländer gefordert. Die überlasteten Kommunen müssen von Bund und Ländern stärker unterstützt und entlastet werden.

Aber nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa ist dieser Tage aufgefordert, sich wieder neu als Wertegemeinschaft zu verstehen. Zu den Grundwerten des vereinten Europas gehören der Schutz der Menschenwürde und die gelebte Solidaritätsverpflichtung gegenüber den Geschundenen, Verfolgten und Notleidenden, die bei uns Zuflucht suchen. Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stehen in der Pflicht, Verfolgte aufzunehmen. Wer sich auf die Werte des christlichen Abendlandes beruft und sich um das christliche Erbe unseres Kontinents sorgt, sollte wissen, dass der auferstandene Christus selbst es ist, der uns in diesem Augenblick zuruft: „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen!“ (Matthäus 25,35)

In allen europäischen Ländern muss jetzt klar sein, worum es geht: Das Projekt des vereinten Europas auf der Basis gemeinsamer humanitärer Werte darf an dieser akuten Flüchtlingsfrage nicht scheitern. Deshalb müssen wir gemeinsam eine europäische Antwort finden. Wir unterstützen das Ziel eines einheitlichen europäischen Asylrechtes, wie es auch Bundesinnenminister **Dr. Thomas de Maizière** vorgeschlagen hat. Das beinhaltet auch, dass wir mit allen Anstrengungen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen müssen, um auch denen Unterstützung, Sicherheit und Hilfe zu leisten, die in den Krisenregionen vor Ort bleiben müssen. Dem EAK ist klar, dass gegenüber der Aufnahme der Flüchtlinge die große und langfristige Aufgabe die Integration ist.

Der EAK gratuliert der EKD ganz herzlich zu ihrem 70. Geburtstag in diesem Jahr. Die **Gründung der EKD** war insbesondere vor dem Hintergrund der Wirren und Zerrissenheit des deutschen Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Befreiung vom gottlosen Regime des Nationalsozialismus eine Sternstunde der evangelischen Kirchengeschichte. Aus dem notdürftig gezimmerten, gemeinsamen Dach, unter dem sich die diversen evangelischen Landeskirchen, konfessionellen Strömungen, Gruppen und Verbände zunächst versammelten, gelang es nach und nach ein tragfähiges Fundament und ein gemeinsames Haus zu schaffen. Es ist das große Verdienst der EKD, dem Protestantismus in Deutschland nach 1945 eine einheitliche, kraftvolle und deutlich vernehmbare Stimme gegeben und ihn unter den Bedingungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschlands neu und zukunftsweisend ausgerichtet zu haben. Hierdurch gelang es ferner, den volkscirchlichen Anspruch und damit auch den öffentlich prägenden Charakter verantwortlichen evangelischen Kirche-Seins beizubehalten.

Die EKD war – und daran sollte im Jahr des Jubiläums der berühmten „**Ostdenkschrift**“ ausdrücklich erinnert werden – auch eine wichtige Klammer und ein entscheidender Faktor zur Überwindung der unnatürlichen Teilung Deutschlands. **Dass wir in diesem Jahr 25 Jahre geglückte Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit feiern dürfen, und zwar in der längsten inneren Friedensepoche unserer gesamten Geschichte, ist und bleibt ein großes Geschenk und ein Segen, der Mut macht bei all den schwierigen Problemen und Herausforderungen, die vor uns liegen.**

Gottes Segen!

**Thomas Rachel MdB**

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# Russland und der Westen – Gedanken für bessere Zeiten

| Dr. Klaus Wittmann

## „Neues Denken“ in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik

Wie vor 30 Jahren die marode Sowjetunion benötigt auch Putins Russland, derzeit sich selbst isolierend und gegenüber dem Westen zunehmend aggressiv auftretend, „neues Denken“ in der Außen- und Sicherheitspolitik als Teil seiner notwendigen Modernisierung. Der Westen und besonders die NATO sollten das erleichtern durch selbstkritische Anerkennung ihres Teils der Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses in den letzten fast zwanzig Jahren.

Das ist die Hauptthese dieses Beitrags, die mit konkreten Vorstellungen für kooperative statt konfrontativer Sicherheit zwischen dem Westen und Russland veranschaulicht wird.<sup>1</sup> Sie bildet eine

*Krim-Annexion und Krieg in der Ostukraine haben die Voraussetzungen für jegliche positive Entwicklung stark beeinträchtigt.*

außen- und sicherheitspolitische Ergänzung zu dem von Bundeskanzlerin Merkel formulierten Angebot einer Eurasische Union und Europäische Union einschließenden Freihandelszone – unter der Bedingung, dass Russland zu den Regeln der europäischen Sicherheitsordnung zurückkehrt.

Solche Aussichten scheinen allerdings in weiter Ferne angesichts des Konflikts um die Ukraine. Krim-Annexion und Krieg in der Ostukraine haben die Voraussetzungen für jegliche positive Entwicklung

stark beeinträchtigt. Doch muss langfristig das ernsthafte Angebot zu kooperativer Sicherheit bestehen bleiben. Die Lösung des Ukraine-Konflikts ist indes eine zentrale Voraussetzung für neuerliche Kooperation mit Russland. Dazu gehört eine nüchterne Einschätzung von

Charakter und Auswirkungen dieser Auseinandersetzung.

## Die Kooperationsangebote der NATO

Die Nordatlantische Allianz passte sich nach dem Fall der Berliner Mauer äußerst zügig an die neuen Verhältnisse nach dem Fall der Berliner Mauer an.<sup>2</sup> Beim NATO-Gipfeltreffen in London im Juli 1990 verkündeten die Staats- und Regierungschefs:<sup>3</sup> „Today our Alliance begins a major transformation.“ Damit einher ging die Ankündigung einer radikalen Revision der Militärstrategie, und ehemaligen Gegnern im Warschauer Pakt wurde die Hand zur Zusammenarbeit entgegengestreckt, was bald zur Gründung der „Nordatlantischen Kooperationsrats“ führte.

Dazu eine persönliche Reminiszenz: Als deutscher Oberst im Internationalen Militärstab der NATO war der Autor Vorsitzender der „Militärstrategie-

Arbeitsgruppe“ die den militärischen Beitrag zum ersten Strategischen Konzept der NATO nach dem Fall der Berliner Mauer erarbeitete – programmatisch eine „Strategie ohne Gegner“. Dieses wurde beim NATO-Gipfeltreffen in Rom im November 1991 verabschiedet. Zwei Wochen später wurde er zu einer Konferenz in Petrovo Dalnie bei Moskau entsandt, um vor zahlreichen Politikern, Militärs und Wissenschaftlern die „neue NATO“ zu präsentieren. Tags darauf kam der norwegische General Eide, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, und verstärkte die Botschaft von kooperativer statt konfrontativer Sicherheit. Noch heute fragt man sich, was hätte erreicht werden können, hätte man das damals in Moskau zum Nennwert genommen, anstatt die Klischees über die NATO des Kalten Kriegs zu perpetuieren.

Und eine zweite Erinnerung: Im Oktober 1990 besuchte der sowjetische Generalstabschef, General Moiseiev, erstmals das NATO-Hauptquartier. Der Verfasser erhielt den Auftrag, für den Vorsitzenden des Militärausschusses, den höchsten Soldaten der NATO, die Begrüßungsansprache zu entwerfen. Er ist Zeitzeuge für die Ernsthaftigkeit der Kooperationsangebote des westlichen Bündnisses.

Es ist müßig, heute über die damaligen Chancen zu spekulieren (oder darüber, wie die Entwicklung hätte verlaufen können, wäre 1999 Nemezow statt Putin zum Nachfolger Präsident Jelzins bestimmt worden<sup>4</sup>).

Denn die NATO-Politik einer Demokratisierung und Stabilisierung sowie Westintegration der mittel- und osteuropäischen (MOE-) Staaten bei gleichzeitigem Angebot der Partnerschaft an Russland hat sich als zunehmender Misserfolg erwiesen. Im Zuge erneuter Konsolidierung des Landes entfaltete sich dort zunehmend die Vorstellung, der Westen habe Russland während der Jelzin-Ära in einer Phase der Schwäche übervorteilt. In

der berühmten Putin-Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007 fokussierten sich der Demütigungskomplex, die Frustration darüber, dass der Westen „macht, was er will“, und das Gefühl, ausgegrenzt zu sein.<sup>5</sup> Doch isolieren kann Russland sich nur selbst. Das tut seine Führung derzeit mit einer Politik (nach innen und nach außen), die das Gegenteil ist von Gorbatschows „Perestroika“, „Glasnost“ und „Neuem Denken“.

Verfrüht war die Erleichterung darüber, dass die Sowjetunion „nicht mit einem Knall, sondern mit einem Seufzer“ untergegangen war.<sup>6</sup> So scheint

„Postimperiale Räume“ ein immer attraktiveres Forschungsgebiet zu werden, zumal auch die Auflösung des Habsburger und des Osmanischen Reichs noch lange Schatten werfen.

Die Angebote des Westens an Russland sind aber vielfältiger gewesen, als die russische Propaganda glauben machen will, einschließlich der Aufnahme in IMF, Weltbank, G8, G20, WTO sowie der Einrichtung des NATO-Russland-Rats und der deutscherseits vorgeschlagenen Modernisierungspartnerschaft. In seiner sogenannten „Bürgersprechstunde“ am 16. April 2015 sagte Putin, Russland strebe nicht nach Weltmacht. Die Sowjetunion habe falsch gehandelt, den osteuropäischen Staaten ihr System aufzuzwingen, deshalb sei sie gescheitert. Die USA wiederholten heute diesen Fehler der Sowjetunion und würden ebenso scheitern.<sup>7</sup> Welch ein Vergleich – bei einer US-Administration, seit über 6 Jahren im Amt, die Bushs Demokratisierungs- und Interventionspolitik scharf kritisiert, sich aus Europa tendenziell zurückzieht und Russland einen „Neustart“ der Beziehungen anbot.

### Putins Motive

Als der Autor in den 70er Jahren an der Universität Hamburg Geschichte studierte, war die Aussage „Männer machen Geschichte“ verpönt: Es ging vorrangig um Wirtschafts-, Sozial- und Strukturgeschichte – die handelnden Persönlichkeiten waren Instrumente der Verhältnisse. Wie oft konnte man seither beobachten, wie – zum Positiven oder zum Negativen – doch einzelne Persönlichkeiten ausschlaggebend waren: Reagan, Gorbatschow, Milosevic, Papst Johannes Paul II., Kohl, um nur einige zu

nennen. Dies gilt, ungeachtet aller Warnung vor Personalisierung und Dämonisierung, sicher auch für Wladimir Putin, weshalb seine Persönlichkeit, Prägung, Sozialisierung und Motivlage intensiver Betrachtung wert sind.<sup>8</sup>

„Putin verstehen“ ist notwendig, was aber nicht *Verständnis* für sein Vorgehen bedeuten muss. Dieses scheint fünf hauptsächliche Motive zu haben:

*Erstens* russischer Revisionismus, der sich aus Großmachtnostalgie und dem Kummer über den Zerfall der Sowjetunion speist – das geopolitische Motiv. Hier spielen Einflussphären eine zentrale

Rolle, und die Europäische Union wird in eins gesetzt mit der NATO (siehe Lawrows Reden vom „Machtbereich“ der EU).

*Zweitens* das gängige historische Muster der Ablenkung von inneren Problemen und Mobilisierung von Unterstützung durch Aggression gegen äußere „Gegner“ – nach der Theorie, die „Farben-Revolutionen“, die NATO-Erweiterung und jetzt sogar die Östliche Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union stellten eine US-gelenkte „Eroberung“ russischen Einflussgebiets dar.

*Drittens* das Bestreben, durch Offenhalten des Konflikts den Anschluss der Ukraine an die NATO dauerhaft zu verhindern.

*Viertens* Putins Frustration darüber, dass Russland vom Westen nicht auf Augenhöhe akzeptiert werde.

Er scheint zu glauben, durch Regelverletzung und Aggression Respekt und gleichen Status mit den USA

erzwingen zu können. Er meint die USA wollten Russland „kleinhalten“. Nein – ein Russland, das sich (wie im Ausnahmefall der iranischen Nuklearwaffenambitionen) konstruktiv am globalen und regionalen Problemlösen beteiligte, anstatt hauptsächlich Störpotential und Verhinderungsmacht auszuspielen, wäre auch als Großmacht hochwillkommen.

*Fünftens* (und möglicherweise am wichtigsten): die interne politische Entwicklung Russlands: In Reaktion auf die Demonstrationen von 2011 und 2012 wurden Demokratisierung und Liberalisierung gestoppt, und Putin scheint den denkbaren Erfolg einer demokratischen, gar westlich orientierten, Ukraine als existentielle Bedrohung seines eigenen Herrschaftssystems zu betrachten. Als KGB-Major in Dresden hat er den Sturz eines festgefügt geglaubten Systems innerhalb von Wochen miterlebt – wohl ein anhaltendes Trauma! Treffend wurde seine Ambition (und die anderer autokratischer Mächte) als „democracy containment“ bezeichnet.<sup>9</sup> Dass man in Moskau unlängst hunderttausend Demonstranten zu einer Kundgebung unter dem Motto „Anti-Maidan“ versammelte, erscheint als geradezu tragikomisches Zeichen der Schwäche. „Putin fürchtet in Wahrheit nicht die NATO.“ schrieb die Süddeutsche Zeitung. „Er fürchtet sein eigenes Volk.“<sup>10</sup>

### Der Ukraine-Konflikt

Russlands Bereitschaft zum Einsatz nackter (wenn auch teilweise verdeckter) militärischer Gewalt im Konflikt um die



Ukraine zählt zu den völlig überraschenden Entwicklungen der letzten Jahre.<sup>11</sup> Oder hätte noch vor zwei Jahren irgendjemand geglaubt, das Assoziierungsabkommen eines souveränen Landes mit der Europäischen Union könnte einen Kriegsgrund abgeben?

Das gewaltsame Vorgehen gegen die Ukraine bedeutet einen Paradigmenwechsel für die europäische Sicherheitsordnung. Die Regeln der Schlussakte von Helsinki 1975, bekräftigt und substantiiert in der Charta von Paris 1990 – Souveränität, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit von Grenzen, friedliche Streitschlichtung, Freiheit der Bündniswahl –, waren zunehmend als selbstverständlich und gesichert betrachtet worden. Sie sind durch Russland grundsätzlich in Frage gestellt, wie auch eine Reihe russisch-ukrainischer Vereinbarungen verletzt wurden. Fundamentales Vertrauen ist zerstört. Russland sieht sich im Konflikt mit „dem Westen“, doch die Interpretation seiner Handlungsweise als Reaktion auf Aktionen des Westens oder der USA greift zu kurz.

Eine gängige „äquidistante“ Sicht auf den Ukraine-Konflikt betrachtet die Ukraine als Streitobjekt zwischen Russland

und dem Westen. Sie kommt in August Pradettos Deutung einer „Ost-West-übergreifenden Inszenierung des Ukraine-Konflikts“ zum Ausdruck,<sup>12</sup> aber auch in Edgar Jahns Erklärung als „Integrationskonkurrenz“ bzw. als „Moskau-Brüssel-Konflikt“<sup>13</sup>. Solche Interpretationsmuster lassen Verschiedenes außer Betracht.

*Erstens* sollte man in Respekt vor dem ukrainischen Volk anerkennen, dass es auf seine Wünsche und Aspirationen ankommt, nicht auf die Ziele anderer Mächte. Was Jahn verniedlichend „Verwestlichung“ nennt, ist der „Drang einer bevormundeten Nation nach Emanzipation und Selbstbehauptung“ (Krzeminski<sup>14</sup>).

*Zweitens* wäre im Lichte russländischer Ansprüche etwas Beschäftigung mit der ukrainischen Geschichte nützlich. Adam Krzeminski kritisiert zu Recht Herfried Münklers Darstellung, die russischen Grenzverschiebungen des 18. und 19. Jahrhunderts seien „bloße Wechsel des Landesherren und der Verwaltungsspitze“ gewesen, und verweist auf die zahllosen repressiven Maßnahmen und die rigorose Zwangsrussifizierung.<sup>15</sup>

*Man sollte in Respekt vor dem ukrainischen Volk anerkennen, dass es auf seine Wünsche und Aspirationen ankommt, nicht auf die Ziele anderer Mächte.*

*Drittens* sind „Einflussnahme“ Russlands und des Westens in der Ukraine von gänzlich unterschiedlichem Charakter: Unterstützung prowestlicher Kräfte (sicher nicht ganz interessenfrei) und Assistenz im Rahmen der seit 1997 bestehenden NATO-Ukraine-Kommission ist etwas völlig anderes als Annexion eines Landesteils, Schüren sprachlich-ethnischer Divergenzen und verdeckte militärische Intervention.

In einem „Politischen Salon“ in Potsdam wurde kürzlich behauptet, der Westen wolle Russland mit einem *cordon sanitaire* einhegen. Dies verrät vor allem eines: Objekt-Denken gegenüber den MOE-Staaten. Die *cordon sanitaire*-These lässt den Freiheitsdrang derjenigen außer acht, die nach dem Fall der Berliner Mauer dem Völkergefängnis Sowjetunion bzw. der Gängelung und beschränkten Souveränität im Warschauer Pakt entkommen waren und sich angesichts der gemachten Erfahrungen dringlich dem Westen anschließen wollten. Das hat bestimmt nicht alles die CIA bewirkt, die ja nach gängigen Verschwörungstheorien sogar die Hunderttausenden auf dem Maidan zusammengerufen haben soll, wie auch die anderen demokratischen Aufbrüche in den MOE-Staaten („Farbenrevolutionen“) auf die USA zurückzuführen seien,

die damit der Sowjetunion und Russland schaden wollten. Ein viel zutreffenderer Gebrauch der Metapher war von Berthold Kohler in der FAZ zu lesen: Putin wünsche sich einen „*cordon sanitaire* von scheitern-den Staaten, der sein Reich vor der Ansteckung mit westlichen Ideen schützen soll“.<sup>16</sup>

Nein, es geht nicht um „Integrationskonkurrenz“ mit der Ukraine als Streitobjekt. Wenngleich Perzeptionen wirkmächtige Tatsachen sein können, geht es auch nicht nur um „unterschiedliche Wahrnehmungen“ von Konfliktsachen (so Botschafter Grinin in einem Rundfunkinterview). Und die großen innerukrainischen Probleme sind keine Rechtfertigung für gewaltsames Eingreifen durch eine auswärtige Macht (die sich sogar makabrerweise auf die VN-proklamierte „Responsibility to protect“ beruft). Ohne russische Aggression gäbe es in der Ostukraine keinen „Bürgerkrieg“.

Es geht um Selbstbehauptung, Souveränität und Unverletzlichkeit von Grenzen sowie um das Recht der Ukraine auf Lösung ihrer Probleme ohne Intervention von außen.

Die EU hat Fehler gemacht im Hinblick auf die Östliche Nachbarschaftspolitik und das Assoziierungsabkommen, aber die Entweder-Oder-Zwangslage für die Ukraine ging nicht von ihr aus, sondern von Russland. Und die NATO hat mit der aktuellen Entwicklung wenig zu tun. Denn seit ihrem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 steht fest, dass eine denkbare NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in sehr weiter Ferne liegt. Putins Argument, bevor Sewastopol in NATO-Hand gefallen wäre, habe er eingreifen müssen, ist besonders plumpe Propaganda. Die NATO-Erweiterung, die in Russland politisch-psychologisch natürlich als schmerzhaft empfunden wird, war nie eine Bedrohung – nicht einmal eine aktive Expansion, sondern der Drang der wieder freien mittel- und osteuropäischen Staaten und ehemaligen Sowjetrepubliken im Baltikum nach Westen, der Gründe hatte, über die man in Moskau mal nachdenken sollte. Propaganda sind auch die ständig wiederholten Behauptungen, die Sowjetunion bzw. Russland hätten Zusicherungen hinsichtlich einer Nichterweiterung der NATO erhalten.

In der Ukraine nahm der Kreml den Protest gegen Präsident Janukowitschs korruptes und kleptokratisches System, angestoßen durch die von Russland erzwungene Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der EU, zum Anlass, und die behauptete Unterdrückung russischsprachiger Ukrainer zum Vorwand, für zunächst verdecktes

Eingreifen mit dem Ziel der Destabilisierung v.a. der Ostukraine und der durchgreifenden Einflussnahme. Die Gelegenheit zur völkerrechtswidrigen Abspaltung und Annexion der Krim ergab sich gleichsam *en passant*. Keine Fehlentwicklung

in der Ukraine und kein Fehler der NATO, der EU oder der USA rechtfertigt militärisches Eingreifen, Einschleusen von bewaffneten Provokateuren, Söldnern, Spezialkräften und Waffensystemen, gewaltsames Verschieben von Grenzen, Wegnahme von Teilen eines souveränen Staates.

Das Waffenstillstandsabkommen von Minsk ist noch immer nicht implementiert, und in der Ostukraine werden vollendete Tatsachen geschaffen: eigene Gesetze und Körperschaften, russische Truppen und Waffensysteme, Verhinderung von Wahlen. Ähnlich Transnistrien ist das Gebiet Teil der Ukraine, aber unter russischem Einfluss – ein neuer „eingefrorener Konflikt“. Putin spricht von „Neurussland“, und manche verlangen offen, noch weiter vorzudringen. Die illegalen Wahlen konsolidierten die Separatistenherrschaft, und über die russisch-ukrainische Grenze rücken weiter Panzer und Geschütze in diese Gebiete.

Aber in den Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 hat die Ukraine die Abkehr vom autoritären Modell besiegelt. Die prowestlichen Kräfte siegten und wiederlegten die Moskauer Behauptung, in Kiew habe eine „Junta“ von „faschistischen Putschisten“ die Macht an sich gerissen. Die ukrainische Regierung, bei der zu hoffen ist, dass zwischen Präsident und Ministerpräsident nicht Rivalität herrscht wie zwischen Juschtschenko und Timoschenko, steht vor gigantischen Aufgaben: Korruption, Rechtsstaatlichkeit, Reform (fast Neuaufbau) von Militär und Polizei, Wiederaufbau zerbombter Industrie, Energieknappheit. EU-Hilfe ist in enormem Umfang erforderlich, nicht zuletzt von Deutschland. Fehlschlag kann teuer werden. Die Minsker Abkommen müssen umgesetzt werden, und die Ukraine muss sich reformieren, aber auch zur Verteidigung gegen weitere Vorstöße der von Russland unterstützten Aufständischen imstande sein.

Natürlich gibt es im Ukraine-Konflikt keine militärische „Lösung“, aber klar ist, dass die russische Führung versucht, Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Insofern kann man in der Diskussion über denkbare Waffenlieferungen an

die Ukraine geteilter Meinung sein: Die *Berechtigung* steht außer Frage angesichts der russischen Aggression, auch wenn man Zweifel an der *Zweckmäßigkeit* haben und sagen kann, Putin werde dann immer weiter eskalieren (wie Bundeskanzlerin Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz<sup>17</sup>). Trotzdem ist zu hoffen, dass die Ukraine in den Stand versetzt wird, weitere militärische Vorstöße z.B. mittels PzAbw-Waffen und Anti-Artillerie-Radar (in diesem Zusammenhang defensive Systeme) abzuwehren.<sup>18</sup> Das dichotomische Reden über *entweder* Diplomatie *oder* Militär ist grundsätzlich falsch. Auch Waffen können zur Deeskalation beitragen.

Und Putin *kann nicht* unbegrenzt eskalieren, weil schon jetzt die Nachrichten über in der Ukraine gefallene russische Soldaten (im posthum veröffentlichten Nemzow-Papier)<sup>19</sup> für ihn äußerst unangenehm sind. Arkadi Babtschenko nennt das „Putins schrecklichste Tat“<sup>20</sup>: ihre „Anonymisierung. Ihre Bestattung in namenlosen Gräbern. Die Leugnung jeglicher Beteiligung der Gefallenen an Kampfeinsätzen in der Ukraine.“ Und die Angehörigen seien (noch) zum Schweigen bereit. Andererseits kann Putin nicht einfach aufhören, obwohl ihm klar sein muss, dass er die Einigkeit von NATO und EU angesichts der flagranten Verletzung der von Moskau mitvereinbarten europäischen Sicherheitsordnung unterschätzte, dass er Russland in eine Sackgasse geführt hat und dass die nationalistische Begeisterung wieder abflauen wird. Russland muss zurückkehren zur Achtung der Prinzipien von Helsinki und Paris. Das Land, das am konsequentesten auf „Nichteinmischung“ beharrt, hat sich in seit Jahrzehnten nicht dagewesener Weise gewaltsam in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarn Ukraine eingemischt.

## Reaktionen von EU und NATO

Mit der vom Kreml nicht erwarteten Einigkeit in EU und NATO müssen Russland weiterhin die Grenzen aufgezeigt werden. Zwar sind Sanktionen problematisch, aber unausweichlich angesichts einer gewissen

Hilflosigkeit hinsichtlich militärischer Antworten, um zumindest Putins Kosten-Nutzen-Kalkül zu beeinflussen und die Kräfte um ihn herum nachdenk-

lich zu machen. Und natürlich ist die Ukraine kein NATO-Mitglied. Doch wäre darüber nachzudenken, was im Grundlagendokument der Partnerschaft für den Frieden eigentlich die Konsultationsklausel wert ist.

Wenn es aber um die NATO und ihre Mitglieder geht, kann es nur eins geben:

eindeutige und glaubwürdige Entschlossenheit zum Schutz aller.<sup>21</sup> Seit Jahren war zu beobachten, wie – entgegen dem Mantra, Sicherheit in Europa gebe es nur *mit*, nicht *gegen* Russland – die mittel- und osteuropäischen Staaten Sicherheit *vor* Russland suchten. Und nun werden insbesondere in den baltischen Staaten die bislang eher latenten Befürchtungen real und virulent. Denn es ist fast unmöglich abzuschätzen, wie weit der russische Präsident zu gehen bereit ist in seinem nationalistischen und revisionistischen Furor, in seinem ethnischen Nationalismus und sogar völkischen Imperialismus. Treffend wurde seine Politik in einer Konferenz des *European Leadership Network* als *brinkmanship* (Politik des äußersten Risikos) bezeichnet, die intensives Bemühen um Deeskalation erfordere.<sup>22</sup>

Der grundlegenden Herausforderung hat sich die NATO bei ihrem Gipfeltreffen in Wales Anfang September letzten Jahres gestellt. Ihre Mitglieder beschlossen dort als Reaktion auf die „Ukraine-Krise“ (eigentlich eine „Russland-Krise“) eine umfassende Anpassung der Allianz – die tiefgreifendste seit der Transformation, die auf das Ende des Ost-West-Konflikts folgte.<sup>23</sup> Deren Ziel ist eine umfangreiche Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Damit ist Bündnisverteidigung, im neuen Strategischen Konzept von 2010 gleichberechtigt neben Krisenmanagement und Kooperativer Sicherheit, wieder die zentrale Kernaufgabe der NATO. Natürlich bezeichnet Russland derartige Schritte als „provokativ“, aber sein Vorgehen gegen die Ukraine erfolgte ja ganz ohne militärische „Provokation“.

Bis zum nächsten NATO-Gipfel 2016 in Polen sollen die Wales-Entscheidungen weitgehend umgesetzt sein. Ihr wichtigstes Element ist der *Readiness Action Plan* (RAP), Ausdruck einer militärischen Neujustierung der Allianz, die bezüglich Ausrüstung, Ausbildung und Übungstätigkeit sowie für Planung und Logistik bedeutende Veränderungen bewirkt<sup>24</sup>. Dazu gehören die schon im Frühjahr 2014 beschlossenen *reassurance*-Maßnahmen, die das Vertrauen der durch das russische Vorgehen alarmierten östlichen Mitgliedern in das Beistandsversprechen der NATO stärken sollten: u.a. Luftraumüberwachung im Baltikum, vermehrte AWACS-Flüge, verstärkte Marineüberwachung, zusätzliche Übungen und personeller Ausbau von NATO-Hauptquartieren.

Außerdem erhöht die NATO ihre Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit. Sie schafft Voraussetzungen für rasche Verlegung von Truppenteilen an

*Seit Jahren war zu beobachten, wie – entgegen dem Mantra, Sicherheit in Europa gebe es nur mit, nicht gegen Russland – die mittel- und osteuropäischen Staaten Sicherheit vor Russland suchten.*

die Süd- oder die Ostflanke der Nato. Dazu werden regionale ständige Aufnahmestäbe (NATO Force Integration Units, NFIU) mit jeweils etwa 40 Mann zunächst in den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien eingerichtet. Sie dienen der schnellen Verlegung von Streitkräften in die Region sowie der Planung und Koordinierung von Ausbildung und Übungen. Regionale NATO-Hauptquartiere übernehmen mehr Verantwortung, v.a. das des Multinationalen Korps Nordost (MNK NO), in Stettin betrieben von Deutschland, Polen und Dänemark. Dieses wird in höhere Einsatzbereitschaft versetzt und führt künftig Einsätze zur Bündnisverteidigung im Osten. Außerdem wird die *NATO Response Force* (NRF) rascher einsetzbar und erhält eine besonders schnelle Eingreiftruppe von rund 5000 Mann, die *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF), zwar defensiv, aber „Speerspitze“ genannt.

Deutschland hatte an allen diesen Beschlüssen wichtigen konzeptionellen Anteil und half zugleich weitergehende Vorstellungen östlicher Bündnispartner zu neutralisieren, nach denen die NATO-Russland-Grundakte hätte aufgekündigt werden sollen und umfangreiche permanente Truppenstationierungen im Osten vorgesehen worden wären. Deutschland beteiligt sich an allen NFIUs und verdoppelt beim MNK NO sein Personal. Da 2015 turnusmäßig das Deutsch-Niederländische Korps in Münster das Kommando über die Landkomponente der NRF innehat, ist Deutschland auch maßgeblich mitverantwortlich für Aufbau, Erprobung und Führung der „Speerspitze“.

So trägt Deutschland, vor kurzem noch von manchen in der Allianz als Wegducker und Trittbrettfahrer betrachtet, bei dem ständige Wiederholung die eigentlich angemessene Maxime von der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ entwertet hatte und als Ausflucht erscheinen ließ, einen Hauptanteil an der Neuausrichtung der NATO. Die neuen Aufgaben stellen Berlin vor politische, militärische und finanzielle Herausforderungen. Die Erwartungen an Deutschland sind gestiegen, auch im Zusammenhang mit den Ermahnungen Bundespräsident Gaucks zur Übernahme größerer Verantwortung im internationalen Geschehen. Dazu gehört auch, Bundestag und Öffentlichkeit plausibel zu vermitteln,

*Die Erwartungen an Deutschland sind gestiegen, auch im Zusammenhang mit den Ermahnungen Bundespräsident Gaucks zur Übernahme größerer Verantwortung im internationalen Geschehen.*

„wie tiefgreifend sich das Bündnis gerade verändert, wie substantiell der deutsche Beitrag dafür ist und warum beides notwendig ist“.<sup>25</sup> Militärisch bedeutet das deutsche Engagement mittelfristig mehr Personal, Ausrüstung, Übungstätigkeit und Transportkapazität, was nicht ohne Konsequenzen für den Verteidigungshaushalt bleiben kann.

Im Übrigen muss sich die NATO angesichts des Charakters der russischen Intervention in der Ukraine auch und besonders den spezifischen Herausforderungen widmen, die das breite integrierte Spektrum offener und verdeckter militärischer, paramilitärischer, ziviler und Propagandamaßnahmen bedeutet: in der NATO-Terminologie „hybride Kriegführung“, die man auch als „strategische Subversion“ bezeichnen kann.

Hinsichtlich der Truppenstationierung im Osten des Bündnisgebiets hat sich die NATO für Rotation entschieden, um keinerlei Anlass für Unterstellungen zu bieten. Wenn allerdings immer wieder von Politikern und Journalisten zu hören ist, Stationierung von NATO-Truppen in MOE-Staaten sei „vertraglich verboten“, so empfiehlt sich ein Blick in die NATO-Russland-Grundakte von 1997. Dort ist nämlich in sehr behutsamer Formulierung eine Selbstverpflichtung wiedergegeben: „Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“<sup>26</sup> Das erlaubt viel Flexibilität ohne Aufkündigung der Grundakte, deren Festlegungen vielmehr Russland in vielfacher Weise verletzt hat.

## Über Putin hinausdenken

Abschließend einige konstruktive Zukunftsgedanken – gewissermaßen „für bessere Zeiten“. Russland wird ja Nachbar, und weitgehend Teil, Europas bleiben – wenn auch nicht Nachbar Deutschlands.

Beim Beschwören deutsch-russischer „Nachbarschaft“ wird leicht übersehen, dass zwischen beiden 90 Millionen Menschen leben, die bei einer Einigung Deutschlands und Russlands über ihre Köpfe hinweg gute historische Reminiszenzen haben.

Was über die Reaktion der NATO ausgeführt wurde, betrifft die *eine* Seite ihrer Harmel-Philosophie von 1967, die auf Verteidigung und Entspannung, Festigkeit



und Dialogbereitschaft beruht. Deren prägnantester Ausdruck war der NATO-Doppelbeschluss von 1979 mit der nachfolgenden westlichen „Nachrüstung“ wegen ausbleibenden sowjetischen Einlenkens.<sup>27</sup> Gorbatschow hat 1993 bekannt, dies sei ausschlaggebend für das „neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik gewesen.

Und genau das braucht Russland: „neues Denken“ in der Außen- und Sicherheitspolitik, als Teil seiner dringend notwendigen Modernisierung. Und wie schon angedeutet, sollten der Westen und besonders die NATO das durch selbstkritische Anerkennung ihres Teils der Verantwortung für die fortgesetzte Verschlechterung des Verhältnisses in den letzten fast zwanzig Jahren erleichtern.

Neues Denken auf russischer Seite würde folgendes umfassen: Die NATO-Klischees aus dem Kalten Krieg und deren innenpolitische Instrumentalisierung müssten aufgegeben werden. Das Bündnis hat seit seiner Londoner Erklärung vom Juli 1990 ehemaligen Gegnern aufrichtig die Hand zur Zusammenarbeit entgegengestreckt, und in ihrer „Grundakte“ von 1997 erklärten die NATO und Russland, sich gegenseitig nicht mehr als Gegner zu betrachten. Russland muss erkennen, dass es Gefährdungen seiner Sicherheit aus Süden und möglicherweise aus Osten, aber nicht vom Westen zu gewärtigen hat. Zugleich muss

*Russland muss erkennen, dass es Gefährdungen seiner Sicherheit aus Süden und möglicherweise aus Osten, aber nicht vom Westen zu gewärtigen hat.*

der Kreml einsehen, welche Befürchtungen das Bestehen auf einer privilegierten Einflussosphäre, die proklamierte „Pflicht“ zum „Schutz von Russen, wo immer sie leben“, und die russische Geschichtspolitik in Nachbarländern hervorrufen. Souveränität, Integrität und Unabhängigkeit der postsowjetischen Staaten sind anzuerkennen, und zu ihrem Sicherheitsgefühl müsste Moskau aktiv beitragen, anstatt es zu unterminieren. Respektierung von Verpflichtungen, Regeln und Institutionen entsprechend der Charta von Paris (1990) ist die Grundlage kooperativer Sicherheitspolitik in Europa. Hier wie auch in der globalen Politik sollte Russland sich durch konstruktive Mitwirkung hervortun statt durch „Verhinderungspolitik“. Das schließt die Notwendigkeit ein, bei „eingefrorenen Konflikten“ (wie Transnistrien, Georgien, Berg-Karabach) aktiv zur Lösung beizutragen, anstatt sie zur Destabilisierung von Nachbarn am Schwelen zu halten. Dringend wäre insgesamt die Überwindung der Vorstellung von Sicherheit als „Nullsummenspiel“, wo eine Seite nur auf Kosten der anderen gewinnen kann.

Seitens der NATO müsste vor allem folgendes selbstkritisch erkannt werden (wenn auch keinesfalls als Rechtfertigung für Putins völkerrechtswidriges Handeln in der Ukraine): Nur mangelhaft hat man die russische „politische

Psychologie“ verstanden und den treffend so bezeichneten „imperialen Phantomerschmerz“. Nach Ende des Kalten Krieges wurde der Frage nach dem Platz Russlands in der europäischen Sicherheitsordnung zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet und wurden beispielsweise russische Vorschläge zur Anpassung des KSE-Vertrags über die konventionellen Streitkräfte ostentativ missachtet. Kontraproduktiv umgegangen wurde mit den Beitrittsambitionen Georgiens und der Ukraine, die beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008, als die USA für sie den „Membership Action Plan“ (MAP) durchsetzen wollten, für diesen nächsten Schritt in Richtung NATO-Mitgliedschaft überhaupt nicht reif waren. Keinerlei Verständigung mit Russland wurde hier gesucht, während doch frühere Erweiterungsrounden durch die Gründung bzw. Aufwertung des NATO-Russland-Rats „abgefedert“ worden waren. Der heute so kontroverse Raketenabwehrplan, eigentlich im beiderseitigen Interesse, wurde viel zu spät als kooperatives Projekt angeboten. Was die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo für Moskau bedeutete, hat der Westen unterschätzt (wenngleich die heute von Moskau konstruierte Analogie zur Krim-Annexion falsch ist). Ungenügend genutzt und entwickelt wurde der NATO-Russland-Rat, den überdies die NATO beim Georgien-Krieg 2008 auf Eis legte – gerade so wie Russland neun Jahre vorher in der Kosovo-Krise, wofür es harsch kritisiert worden war. Und schließlich ist das oben beklagte Nullsummendenken auch

der westlichen Seite nicht ganz fremd. Es ist eins der größten Übel in der heutigen Welt.

Als konkrete Möglichkeiten für künftige Zusammenarbeit seien folgende Beispiele genannt:

Wie auch die NATO-Russland-Grundakte von 1997 mit ihren Festlegungen auf Frieden, Freiheit und Kooperation in Europa sollte der NATO-Russland-Rat selbst in der gegenwärtigen Krise bewahrt werden –

bewahrt werden für bessere Zeiten (und hätte eigentlich als Krisenmanagement-Mechanismus seit Beginn der Krise quasi in Permanenz tagen müssen). Dann sollte der Rat zu neuer Qualität geführt werden mit einer Ausweitung der Felder konformer Interessen und gemeinsamer Aktion. Die NATO könnte sich auch zu einem strukturierten Dialog mit der von Russland geführten *Collective Security Treaty Organisation* (CSTO) bereiterklären, als Zeichen von Interesse und Respekt.

In der Erweiterungsfrage muss es bei der Politik der „Offenen Tür“ bleiben, das entspricht Artikel 10 im NATO-Vertrag; aber zwischen „kein Veto für Russland“ und einem Nachgeben gegenüber russischer Indignation wäre doch ein Mittelweg denkbar, der russische Interessen und Empfindlichkeiten mitberücksichtigt.

Den Medwedjew-Vorschlag von 2008 für einen umfassenden europäischen Sicherheitsvertrag, wenngleich in der Substanz fragwürdig, hätte die NATO doch viel aktiver aufgreifen sollen – als Ausgangspunkt für einen intensiven strukturierten Dialog. Die Scheu davor auf westlicher Seite war und ist nicht angebracht. Ist nicht auch die Schlussakte von Helsinki 1975 mit ihren segensreichen Auswirkungen in der jüngeren europäischen Geschichte aus ursprünglich furchtsam betrachteten sowjetischen Vorschlägen hervorgegangen? Die unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen Russlands und der NATO für den euro-atlantischen Raum sollten mit großer Offenheit und langem Atem diskutiert werden. Und im Interesse der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitsordnung sollte die NATO sich innovativ und engagiert für einen neuen Aufbruch in der konventionellen Rüstungskontrolle und europäischen Vertrauensbildung einsetzen. Dazu gehört auch entschiedenes Eintreten für Aktivierung und Stärkung der OSZE.

Vorausschauende westliche Politik muss das „neue Denken“ befördern. Eines Tages wird es sich auch durchsetzen – wenngleich möglicherweise nicht, solange

Putin am Ruder ist. Aber seine Herrschaft könnte früher zu Ende gehen, als er und seine derzeit in nationalistischem Stolz schwelgenden Anhänger glauben. Der Triumph über die „Heimholung der Krim“ mag sich als kurzlebig erweisen. Und die Hoffnung, dass er sich besinnt, sollte nie aufgegeben werden. Jedenfalls sollten langfristige Angebote zur Zusammenarbeit einschließlich der ernsthaft erneuerten Ermutigung zu kooperativer statt kon-

frontativer Sicherheit ausgearbeitet und bereitgehalten werden – unter Berücksichtigung legitimer Interessensgesichtspunkte sowohl Russlands als auch des Westens.

Dies wäre die außen- und sicherheitspolitische Ergänzung des – konditionierten – Angebots der Bundeskanzlerin für eine umfassende Freihandelszone.

In allen hier erwähnten Zusammenhängen bleiben die transatlantische Partnerschaft vital wichtig und die weitere Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU notwendig – und gibt es für die vom Bundespräsidenten geforderte sowie in der Koalitionsvereinbarung zugesicherte Übernahme größerer deutscher Verantwortung ermutigende Beispiele, nicht zuletzt in Merkels und Steinmeiers unermüdlichem Einsatz.

*Der Autor war an der Transformation der NATO nach dem Fall der Berliner Mauer und an der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Russland in vielfacher Hinsicht beteiligt. Deshalb ist dieser Beitrag – zur Illustration und um der Authentizität willen – mit einigen persönlichen Reminiszenzen angereichert.*

- 1 Für frühere Veröffentlichung solcher Ideen vgl. u.a. Klaus Wittmann, *Towards a new Strategic Concept for NATO*. NATO Defense College, Rom, September 2009 (Forum Paper 10), S. 31ff; ders., *Russia's Relations with NATO and the West: A Constructive Approach is Needed*. In *Vestnik Analitiki Bulletin* (Moscow, Russia), No. 3 (37), 2009, p. 47-54; ders., *The West is not Russia's Enemy*. In: *AtlanticTimes Sept/Oct 2014*, S. 5, sowie jüngere Beiträge auf den Blogs des Deutsch-russischen Forums ([www.russlandkontrovers.de](http://www.russlandkontrovers.de)) und des European Leadership Network ([www.europeanleadershipnetwork.org](http://www.europeanleadershipnetwork.org)).
- 2 Der Verfasser war seinerzeit Referent im Referat „Strategische Planung“ im Internationalen Militärstab der NATO in Brüssel. Seine Bilanz: Klaus Wittmann, *The Road to NATO's New Strategic Concept*. In: Gustav Schmidt (Ed.), *A History of NATO – The First 50 Years*. Basingstoke, New York 2001. Bd. 3, S. 219-237.
- 3 Londoner Erklärung vom 6. Juli 1990: [www.nato.int/docu/comm/49-95/c900706a.htm](http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c900706a.htm).
- 4 Vgl. Jörg Eigendorf, *Der Mann, der auf Jelzin hätte folgen können*. In: *Die Welt* vom 28.02.2015.
- 5 Text bei [www.ag-friedensforschung.de/themen/.../2007-putin-dt.html](http://www.ag-friedensforschung.de/themen/.../2007-putin-dt.html)
- 6 Im NATO-Hauptquartier wurde das am 21. Dezember 1991 gegen Ende der Sitzung der Nordatlantischen Kooperationsrats bekannt, als der sowjetische Botschafter

Generalsekretär Manfred Wörners Schlussworte mit dem Hinweis unterbrach, er habe soeben aus Moskau die Instruktion erhalten zu fordern, dass aus der (schon vor dem Mittagessen vereinbarten) Schlussklärung jede Erwähnung der Sowjetunion getilgt werden müsse.

- 7 *Russia Today*, Putin's Q&A marathon, 16.4.2015: <http://www.rt.com/news/250185-putin-live-conference-2015/>.
- 8 Vgl. Fiona Hill/Clifford G. Gaddy, *Mr. Putin. Operative in the Kremlin*. Washington: Brookings Institution Press 2013.
- 9 Vgl. Christoph Walker, *The New Containment: Undermining Democracy*. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Vom Umgang mit autoritären Regimen. Aktuelle Herausforderungen für demokratische Außenpolitik. Reader zur 16. Außenpolitischen Jahrestagung 2015*. Berlin, Juni 2015, S. 60-68.
- 10 Julian Hans, *Putins Angst*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.12.2014.
- 11 *Immer wieder anregend: Nassim Nicholas Taleb, The Black Swan; The Impact of the Highly Improbable*. London: Penguin 2007
- 12 August Pradetto, *Failing State Ukraine? – It's the enemy, stupid! Die Inszenierung des Ukrainekonflikts als Kalter Krieg*. In: *Welttrends* 23. Jg., 105/2015, S. 45-50.
- 13 Edgar Jahn, *Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? In: Osteuropa*, 65. Jg., 3/2015, S. 25-45.
- 14 Adam Krzemizski, *Emanzipation und Selbstbehauptung*, ebd., S. 3-23.
- 15 Ebd., S. 4ff.
- 16 Berthold Kohler, *Im Rahmen der Putin-Doktrin. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.5.2015.
- 17 Vgl. „Militärisch ist das nicht zu gewinnen.“ ZEIT-Online 7.2.2015: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/merkel-sicherheitskonferenz-ukraine-russland>.
- 18 Vgl. Ivo Daalder et al., *Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do*. Washington: Atlantic Council February 2015.
- 19 Julian Hans, *Das Vermächtnis des Kremlgegners Nemzow*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 12.5.2015.
- 20 Arkadi Babtschenko, *Putins schrecklichste Tat*. In: Katharina Raabe/Manfred Sapper (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*. Berlin: Edition Suhrkamp 2015, S. 119-131; S. 126.
- 21 Hier wurden schon frühzeitig Versäumnisse erkannt. 2009/2010 verfasste der Autor zusammen mit Ron Asmus und anderen dazu eine Kurzsstudie: Ronald Asmus, Stefan Czmur, Chris Donnelly, Aivis Ronis, Tomas Valasek, Klaus Wittmann, *NATO, new allies and reassurance*. Policy Brief. London: Centre for European Reform, May 2010. Sie trug dazu bei, dass im neuen Strategischen Konzept der NATO kollektive Verteidigung und Auslandseinsätze wieder besser ausbalanciert wurden – allerdings nur in der Theorie. Jetzt ist die Studie – dank Putin – wieder gruselig aktuell!
- 22 Vgl. Brinkmanship, *Deterrence and De-escalation between NATO and Russia*. Report from the Roundtable discussion held on 27th May 2015 in London: [www.europeanleadershipnetwork.org](http://www.europeanleadershipnetwork.org).
- 23 Wales Summit Declaration vom 5.9.2014: [www.nato.int/cps/en/.../official\\_texts\\_112964.htm](http://www.nato.int/cps/en/.../official_texts_112964.htm).
- 24 Zahlreiche Einzelheiten und sachkundige Einschätzung bei Claudia Major, *Die strategische Anpassung der Nato. Deutschland ist das Rückgrat für die militärische Neuaufstellung der Allianz*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik Februar 2015 (SWP-Aktuell 20).
- 25 Ebd., S. 3.
- 26 NATO-Russland-Grundakte, Abschnitt IV: [http://www.nato.int/cps/de/natohq/official\\_texts\\_25468.htm?selectedLocale=de](http://www.nato.int/cps/de/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de).
- 27 Vgl. Klaus Wittmann, *Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.), *Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik*. Wiesbaden, Springer 2015, S. 141-163.



**Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann** ist Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland und Lehrbeauftragter für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

# Flüchtlingspolitik – eine der großen Herausforderungen der näheren Zukunft

Thesen und Gedankenanstöße als Plädoyer für mehr Engagement

| Friedemann Schwarzmeier

Deutschland und Europa sind in den letzten Monaten und Wochen einer massiven und beispiellosen Zuwanderungsbewegung ausgesetzt, die nicht nur das Niveau der letzten Jahre noch einmal drastisch übersteigt, sondern mittlerweile Züge einer regelrechten Völkerwanderung trägt. Das darf einerseits nicht zu Forderungen führen, die durch ein sattem bekanntes „Gutmenschentum“ geprägt sind und jenseits aller Realität von einer grenzenlosen Aufnahmekapazität von Flüchtlingen ausgehen. Andererseits ist es notwendig, ein den Idealen der westlichen Wertegemeinschaft und des Christentums entsprechendes Hilfehandeln für die wirklich Verfolgten und Asylberechtigten zu organisieren und über Maßnahmen nachzudenken, die bislang eher nicht als weiterführend erachtet wurden.

Daneben ist in Teilen unserer Bevölkerung neben der weltweit beachteten Hilfsbereitschaft zugunsten hilfsbedürftiger und geschundener Menschen eine zumindest kritische bis ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen erlebbar und wird publizistisch ausgiebig bearbeitet. Hierbei wird häufig vernachlässigt dargestellt, über welche Gruppe von Menschen gesprochen wird.

- Sind es Menschen, die aus purer Angst um Leib und Leben vor Verfolgung bei uns Zuflucht suchen,
- sind es solche, die aufgrund ihrer Ethnie in den Herkunftsländern diskriminiert werden oder
- handelt es sich um solche, die aus wirtschaftlichen Gründen im EU-Raum nach besseren Lebensbedingungen suchen?

Davon einmal ganz abzusehen von solchen Menschen, die aus beruflichen Gründen in den EU-Raum einwandern wollen. Diese sind von vornherein von den hier anzustellenden Überlegungen auszuschließen. Aber völlig gleichgültig, um welche der hier angesprochenen Personengruppen es sich handelt, es ist völlig

indiskutabel, wenn mit menschenverachtenden Parolen und behaupteten Straftaten Stimmung gegen Asylbewerber gemacht wird. Jeglichem intellektuellem und ethischem Anspruch widersprechen Gewalttaten gegen in diesem Zusammenhang stehende Personen oder Sachen. Das sind Straftaten der widerlichsten Art, denen mit allen zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mitteln konsequent nachgegangen werden muss. Mehr hierzu weiter unten.

Die Probleme Afrikas und des Nahen Ostens sind nicht durch unkontrollierte und massenhafte Zuwanderung nach Europa lösbar. Es ist daher dringend notwendig, geordneten Strukturen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme Geltung zu verschaffen. Das enthebt uns aber nicht von der Verantwortung, in Fällen echter Not zu helfen. Für uns als Christen hat nach wie vor Matthäus, 25, 40 ff. Gültigkeit. Dies ist nicht nur eine theologische Forderung, sondern für uns als Christen eine Frage der Glaubwürdigkeit und konsequenten Handelns.

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, auf die wir uns als Christen und aufgeklärte Europäer beziehen, können für uns nicht ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland, die EU oder die westliche Welt beschränkt gelten. Daher stehen wir als Bundesrepublik in der Verantwortung vor Gott und den Menschen und darüber hinaus als EU, als Staatengemeinschaft, als jeder der in diesem Staatenbund befindliche Staat in gleichem Umfang. Es sollte aber nicht übersehen werden, dass jeder einzelne Bürger im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Hilfe aufgerufen ist. Daraus ergeben sich vielseitige Gesichtspunkte:

**1.** Kurzfristiges Handeln in Form von Sofortmaßnahmen zur Rettung von Menschenleben. Diese dürfen sich nicht

auf das Bereitstellen weiterer finanzieller Mittel beschränken. Es ist richtig und begrüßenswert, dass sich die Bundesmarine an Rettungsmaßnahmen im Mittelmeer mit großem Erfolg beteiligt. Den Soldatinnen und Soldaten der betreffenden Einheiten sind wir für ihren Einsatz zu tiefstem Dank verpflichtet. Die Situation in Serbien, Kroatien und vor allem Ungarn sollte mit Tatkraft und Entscheidungsfreudigkeit angegangen werden. Es war ebenso richtig und ein Gebot der schlichten Nächstenliebe, dass Deutschland durch das beherzte Engagement von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einer ganz besonderen humanen Notlage im September schnelle Hilfe geleistet hat.

**2.** Auf diplomatischem Weg ist mit den Staaten des Nahen Ostens und des Mittelmeers nach Lösungen zu suchen, wie den Schlepperbanden das Handwerk gelegt werden kann. Das wird insbesondere im Fall Libyens aufgrund der dort herrschenden Bürgerkriegssituation schwierig. Dort kann derzeit nicht von einem staatlichen Gebilde mit einer funktionierenden Staatsgewalt gesprochen werden. Es kann jedoch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, einen Diktator mit militärischen Mitteln zu beseitigen, dem darauf folgenden Chaos andererseits hilflos gegenüber zu stehen. Das neben dem Elend auf der Flüchtlingsroute über den Balkan und dem osteuropäischen Landweg weiterhin andauernde Drama auf dem Mittelmeer hat gerade hier einen seiner entscheidenden Gründe. Erst nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis hat die sog. „Zentrale Mittelmeerroute“ an Bedeutung und damit an Schrecken und Gefahr gewonnen. Auch wenn die Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens in Libyen nicht kurzfristig durchsetzbar sein werden, so sind doch alle Anstrengungen zu

*Die Probleme Afrikas und des Nahen Ostens sind nicht durch unkontrollierte und massenhafte Zuwanderung nach Europa lösbar. Das enthebt uns aber nicht von der Verantwortung, in Fällen echter Not zu helfen.*



unternehmen, dass bald eine einheitliche Staatsgewalt das Heft des Handelns in die Hand erhält. Das ist in der Vergangenheit seitens der EU nicht mit der nötigen und möglichen Konsequenz verfolgt worden. Die daraus resultierenden Ergebnisse hat man nicht zuletzt in der Ermordung koptischer Christen in Libyen gesehen. Eine Befriedung Libyens kann allerdings nur unter Einbindung der OAS erfolgen, um sie nachhaltig gewährleisten zu können. Daher sind auch mit ihr entsprechende Verhandlungen, auch über andere Länder Afrikas, zu führen.

**3.** Die Dublin-Verordnung von 2003, wonach Asylsuchende zunächst in dem Land, das sie zuerst im Bereich der EU betreten haben, das Asylverfahren durchlaufen müssen, ist zu überdenken, zumal es de facto derzeit nicht mehr in Kraft ist, da Regelungen für die Registrierung von Flüchtlingen zum Teil nicht umgesetzt werden. Es muss zumindest ermöglicht werden, dass Asylsuchende das Verfahren in einem EU-Drittland durchführen können. So gibt es beispielsweise in der Bundesrepublik innerhalb der EU die meisten Syrer. Hier existieren vielschichtige verwandtschaftliche Bande. Daher ist es nachvollziehbar, dass gerade viele Syrer Zuflucht in der Bundesrepublik suchen. Da die Standards der Unterbringung und des Asylverfahrens in einigen Ländern der EU nicht denen in der Bundesrepublik

*Das Bild, das die EU derzeit in Sachen Flüchtlingspolitik und Aufnahme der Flüchtlinge abgibt, ist beschämend.*

entsprechen, ist, tatsächlich oder gefühlt, einer Vielzahl von Syrern der Fluchtweg über Land versperrt. So werden die östlichen Mittelmeerrouten, vor allem in die Ägäis, gewählt. Mit diesem Ansturm sind die örtlichen Stellen und auch die Bevölkerung der betroffenen Inseln überfordert. Hier sind mit Unterstützung der EU Maßnahmen für eine direkte Weiterleitung in die Bundesrepublik und andere Länder der EU zu ergreifen.

Dabei ist zu beachten, dass eine unbegrenzte Zuwanderung sowohl in die EU allgemein wie auch in die Bundesrepublik speziell nicht möglich ist, wobei der Art. 16a GG verfassungsrechtlich keine Kontingentierung zulässt.

**4.** Es ist erforderlich, seitens der EU alle Anstrengungen zu unternehmen, mittel- bis langfristig in den Heimatländern der Flüchtlinge Zustände zu schaffen, die eine Flucht entbehrlich machen.

Kurzfristig müssen die Nachbarstaaten von Syrien und des Irak wie Jordanien und der Libanon, die in Lagern schon mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als sie verkraften können, finanziell und logistisch in erheblichem Maße mehr unterstützt werden, als in der Vergangenheit geschehen. Es ist begrüßenswert, dass die Staats- und Regierungschefs auf dem Flüchtlingsgipfel erste Sofortmaßnahmen beschlossen haben.

Von zunehmender Bedeutung wird eine koordinierte Entwicklungshilfe sein, die tatsächlich der betreffenden Bevölkerung zugutekommt. Dabei müssten im Zweifelsfall auch wirtschaftliche Interessen des EU-Raumes zurückstehen. Durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen ist eine bessere gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu ermöglichen und nicht zuletzt auch die dortige Wirtschaftskraft zu stärken. Dies muss durch entsprechende Bildungsmaßnahmen gefördert werden.

Ein weiterer Aspekt ist, europäischen Firmen Investitionsanreize in den betreffenden Ländern zu geben, wobei darauf zu achten ist, dass die dort erzielten Gewinne zumindest überwiegend im Lande verbleiben, um re-investiert werden zu können. Das Ziel muss also eine Aufwärtsspirale und nicht, wie leider derzeit häufig vorzufinden, eine Abwärtsspirale in der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

**5.** Das Bild, das die EU derzeit in Sachen Flüchtlingspolitik und Aufnahme der Flüchtlinge abgibt, ist beschämend. Hier scheinen Egoismen und das Bestreben, rein nationale Interessen vertreten zu können, für viele Positionen das Ausschlaggebende zu sein. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quotenregelung ist im Kern zu begrüßen und es sollte alles Machbare unternommen werden, diese Lösung auch durchzusetzen. Wie schwierig das sein wird, hat das Treffen des europäischen Rates im Juni 2015

gezeigt. Es ist schlicht erschütternd feststellen zu müssen, dass gerade von den Ländern, für die die Mitgliedschaft in der EU auch und nicht zuletzt Garantie ihrer Souveränität gegenüber Machtansprüchen beispielsweise Russlands ist, jegliche Solidarität versagt wird. Es reicht nicht aus, sich zu christlichen Werten zu bekennen, man muss sie auch leben, privat wie als Staat.

Die Solidarität ist auch dann nicht gewahrt, wenn sich ein Staat, wie aus Polen zu hören war, bereitfindet, nur Christen aufzunehmen. So sympathisch dieser Gedanke bei einem christlich geprägten Land auf den ersten Blick auch sein mag, bleibt es dabei: verfolgt ist, wer Qualen an Leib und Seele erdulden oder um sein Leben fürchten muss, weil die Zustände im Herkunftsland unerträglich geworden sind. Sehen wir uns die Genesis an, dann finden wir in Mose 1, 26 und 27, dass Gott den Menschen nach seinem Bilde geschaffen hat. Hier ist aus theologischer Sicht schon eine Differenzierung nach Christen und Nicht-Christen nicht möglich. Soweit die religiöse Seite. Die menschenrechtliche ist, dass Schutz vor Verfolgung allen Menschen, gleich welcher Nationalität, Rasse oder Religion, zu gewähren ist. Daher ist eine solche selektive Aufnahmebereitschaft nicht problemlösend.

**6.** Bei uns in der Bundesrepublik sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die Asylverfahren zu verkürzen. Dabei ist darauf zu achten, dass Gründe für Asyl klar definiert sind und dass, falls sie nicht vorliegen, das Gesuch umgehend abgelehnt wird. Nach Erlangung der Rechtskraft ist das Abschiebungsverfahren zügig durchzuführen. Außerdem sind Lösungen zu finden, die verhindern, dass durch prozessuale Tricks eine Abschiebung hinausgezögert wird.

Auf das Thema „Kirchenasyl“ wird hier nicht eingegangen, sondern auf den Beitrag in der „Evangelischen Verantwortung“, Ausgabe 5/6 2015, Seite 14 verwiesen.

Keinen Grund für die Gewährung von Asyl kann es für Menschen aus EU-Staaten und solchen Ländern geben, die in Beitritts- oder Assoziierungsverhandlungen mit der EU stehen. Wenn es in solchen Staaten Benachteiligungen von Minderheiten gibt oder gar Repressalien gegen solche Minoritäten, so ist es Aufgabe der EU, hier für Abhilfe zu sorgen. Eine Asylberechtigung ist daraus nicht herzuleiten.

Wirtschaftliche Notlagen können ebenfalls nicht hinreichende Gründe für die Gewährung von Asyl liefern. In diesem Fall ist sogar Asyl in

*Die menschliche Autonomie darf nicht mit Beliebigkeit und/oder Bindungslosigkeit gleichgesetzt werden. Selbstbestimmung des Menschen ist immer selbstgestaltetes und selbstverantwortliches Leben inmitten der Beziehung zu anderen Menschen.*

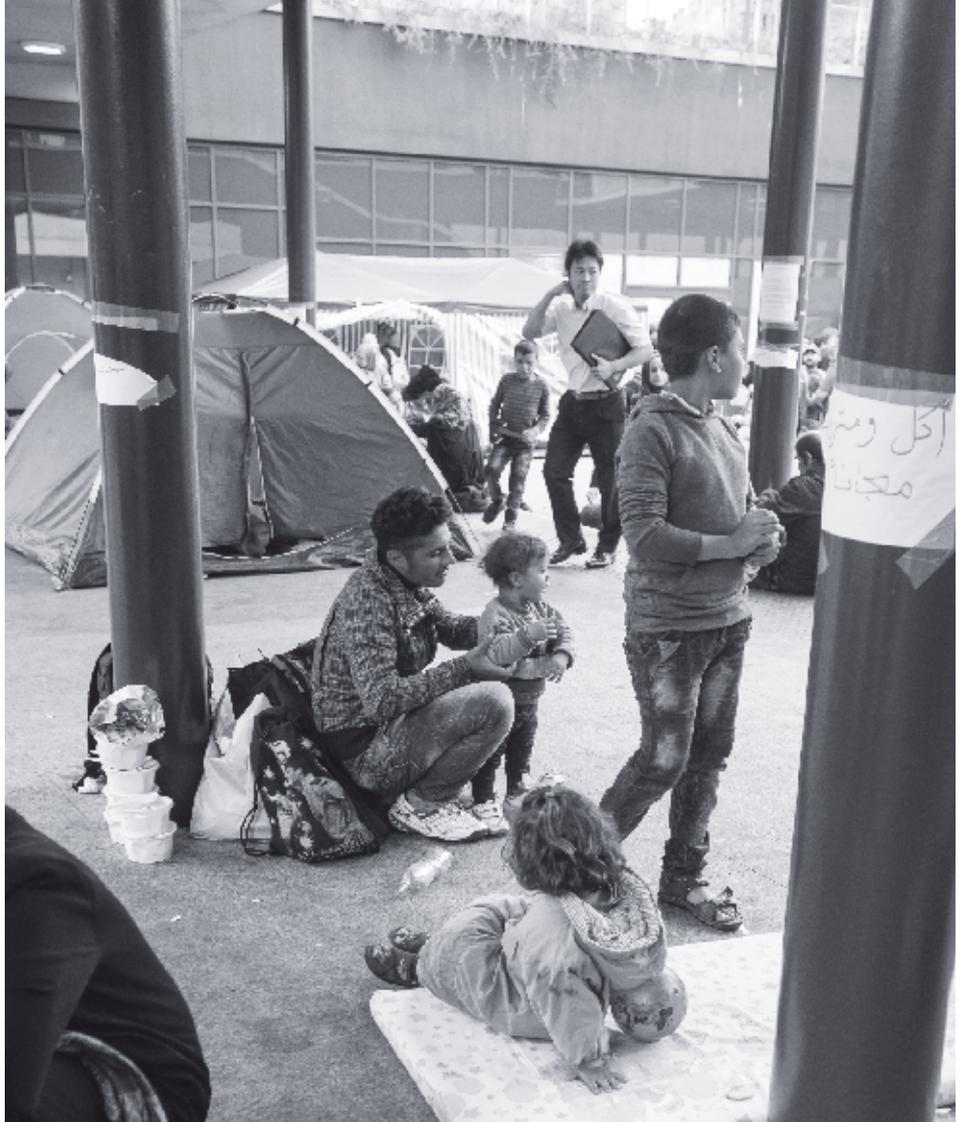
gewissem Umfang schädlich, da den betroffenen Herkunftsländern Menschen entzogen werden, die die Qualifikation hätten, mit Hilfe der EU oder anderer, durch eine Stabilisierung der Verhältnisse im eigenen Lande zu dessen Prosperität beizutragen.

Dieses den betroffenen Asylbewerbern kurzfristig zu verdeutlichen und durch Entscheidung bekannt zu geben, liegt sowohl im Interesse unserer Bevölkerung als auch im Interesse der Antragsteller, die so auf schnellstem Wege Klarheit über ihre Situation erhalten. Hier können geeignete Aufklärungsmaßnahmen in den Herkunftsländern eine hilfreiche Rolle spielen.

Inwieweit die derzeitige Verteilung der Kompetenzen auf Bund und Länder an dieser Stelle sinnvoll ist, bedarf zumindest einer Untersuchung. Es kann nicht sein, dass insbesondere in rot-grün oder ähnlich regierten Ländern trotz rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrags die Ausweisung nicht nur zügig durchgeführt wird, sie wird häufig sogar seitens der betreffenden Landesregierungen hintertrieben.

**7.** Ein weiteres dringendes Erfordernis ist, hinreichende Aufklärung der Bevölkerung über Art und Umfang von Leistungen für Asylbewerber und ihrer Unterbringung zu betreiben. Eine sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit nimmt Ängste aus der Bevölkerung und entzieht rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppen den ideologischen Nährboden. Somit wird in zunehmendem Maße auch kriminellen Handlungen der Boden entzogen.

Es sollte verdeutlicht werden, dass nur rd. 25% der Anträge positiv beschieden werden. Ängste entstehen aus Unkenntnis und Ungewissheit. Ängste radikalisieren auch. Der Aufwand, aufzuklären ist wesentlich geringer als der für die Bekämpfung von radikalen Strömungen. Denen ist auch PEGIDA zuzurechnen. Sicherlich sind nicht alle, die dort mitmarschieren, Rechtsradikale und dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen. Diejenigen, die sich aus Verunsicherung beteiligen, mögen sich einmal überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, statt gegen eine nicht existente Islamisierung des Abendlandes und gegen Asylbewerber auf die Straße zu gehen, viel mehr für eine Wiederbelebung christlicher Werte im Abendland zu demonstrieren und Menschen, die in echter, existenzieller Not sind, Hilfe anzubieten.



Im Übrigen gilt dies nicht nur für Menschen, die sich an diesen Demonstrationen beteiligen. Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung steht dem Flüchtlingsthema mit kritischer Distanz gegenüber. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass in der Mehrzahl negative Beispiele im Bewusstsein breiter Teile der Bevölkerung sind und positive nur als Alibi abgewertet werden. Brandanschläge auf bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte werden von Spitzenleuten aus der Politik zutreffend als besorgniserregend und intolerabel gekennzeichnet, in der Breite der Bevölkerung jedoch finden sie, wenn überhaupt, nur sehr oberflächlich Beachtung. Auch Wegsehen ist moralisch verwerflich. Hier muss ein Umdenken einsetzen.

**8.** Ein solches Umdenken kommt nicht von alleine. Hier kommen Aufgaben auf alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu. Dies ist hier nicht in aller Breite zu behandeln, das müssen die Gruppen selbst entscheiden. Hier sind nur Erörterungen über Möglichkeiten der Unionsparteien angezeigt.

Die CDU wie die CSU sind in Sachen Flüchtlingspolitik besonders gefordert und vor allem als Parteien in höchstem Maße geeignet, Lösungen anzubieten und sie auch zu praktizieren.

Das Grundsatzprogramm der CDU beschreibt das christliche Menschenbild als Richtschnur ihrer Politik und, daraus resultierend, das Bekenntnis zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit.

Wo für Menschen Freiheit durch Gefährdung von Leib und Leben durch ihren Staat oder die Verhältnisse dort nicht gewährleistet ist, ist unsere Solidarität mit ihnen gefordert. Das kann aber keine reflexartige Reaktion sein, ein Gebot der Gerechtigkeit ist die Notwendigkeit, die individuellen Voraussetzungen zu überprüfen. In vielen Fällen wie z.B. bei wirtschaftlichen Motiven ist eine summarische Prüfung ausreichend.

Bei den anderen Anträgen ist es eine Frage der Gerechtigkeit zu erforschen, ob die von den Antragstellenden gemachten Angaben richtig und überprüfbar sind, ob die Pässe vorhanden sind, bis hin, ob es sich um eingeschleuste Agenten von IS oder anderen Terrormilizen handelt. Das alles ist keine leichte Aufgabe. Diese zu bewältigen bedarf es sowohl im Inland bei den Erstaufnahmelagern wie auch in den deutschen Botschaften und Konsulaten ausreichendes Personal, sowohl qualitativ wie quantitativ.

Gerade im konsularischen Bereich sind Nachbesserungen angezeigt, unterstellt, die Medienberichte über Wartezeiten für Termine von über 6 Monaten, um einen Visumantrag stellen zu können oder auch in diesem Zusammenhang stehende Vorwürfe, bei der Terminvergabe käme es zu Korruptionsfällen. Die Möglichkeit, legal in den EU-Raum einzureisen, vermindert die Gefahr, mit horrenden Zahlungen an Schlepperbanden den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer nehmen zu müssen.

Hier sind die Unionsparteien gefordert, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen.

**9.** Damit ist bei Weitem noch nicht das Problem gelöst. Was geschieht mit den anerkannten Asylbewerbern, speziell in Deutschland?

Die Frage der Unterbringung brennt auf den Nägeln. Die unmittelbar Betroffenen sind die Kommunen. Diese werden häufig von den Ländern alleine gelassen. So bedurfte es in Rheinland-Pfalz erst einer von der CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner initiierten Konferenz mit Kommunalpolitikern, um die rot-grüne Landesregierung, die bis dahin keine Veranlassung zu einem solchen Treffen sah, wachzurütteln. Wenn jedoch die Kommunen vor vollendete Tatsachen gestellt werden, ist eine gezielte und umfassende Information an die Bevölkerung schlechterdings nicht möglich.

Was geschieht, wenn die Unterbringungsfrage erfolgreich und zufriedenstellend gelöst ist, belässt man es dann dabei? Oder ist nicht vielmehr anzustreben, um einer gelungenen Integration Willen für eine sinnvolle Beschäftigung zu sorgen? Hier bietet sich die Möglichkeit, Qualifikationen der Flüchtlinge zu nutzen, weniger, um die eigene Wirtschaft zu fördern, vielmehr, um diesen Menschen einen sinnvollen Alltag zu ermöglichen.

Dazu ist notwendig, dass von ihnen die deutsche Sprache zumindest so weit beherrscht wird, dass sie sich verständlich machen können und auch verstehen, was an sie herangetragen wird. Hier bedarf es ausreichender Angebote an Sprachkursen. Diese werden nicht in jedem Fall kurzfristig zur Verfügung stehen. Daher wäre es begrüßenswert, wenn sich Ehrenamtliche mit anerkannten Asylanten beschäftigen und ihnen Begleiter sind. Sie könnten diesen Menschen erste Grundzüge der Sprache näherbringen und sie auch bei Behördengängen oder zu Arztbesuchen begleiten. Hier ist das Stichwort von Patenschaften zu nennen.

In diesen Kontext gehört die Vermittlung unserer kulturellen Grundlagen und unserer Rechtsordnung, die Verdeutlichung, dass bei uns Frauen und Männer gleichgestellt sind und dass das Grundgesetz über religiösen Regeln steht. Ohne Anerkennung dieser elementaren Grundsätze ist ein länger währender Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich. In diesem Zusammenhang ist die Durchsetzungsfähigkeit unseres Rechtsstaates gefordert.

Die Ehrenamtler wiederum brauchen das nötige Rüstzeug, um dieses Engagement für alle Beteiligten mit Erfolg und zur allseitigen Zufriedenheit zu bewältigen. Hier muss die Möglichkeit geschaffen werden, auf Erfahrungen anderer zurückgreifen zu können, die bereits in der Geschichte der Bundesrepublik erfolgreiche Integrationsarbeit geleistet haben und noch leisten. Das Engagement kann auch in die Arbeit der großen Sozialverbände eingebettet sein.

Engagement kann nur geweckt werden, wenn der ethische und christliche Hintergrund vermittelt wird. Wer im politischen Bereich, wenn nicht die CDU und CSU, und hier speziell der EAK, soll das bewältigen, ohne ideologische Ziele damit zu verfolgen?

**10.** Auf alle diese Fragen kann die Union Antworten geben und weitgehend für Probleme Lösungen anbieten. Sie stellt in unserer Parteienlandschaft die meisten Mitglieder. Sie verfügt mit ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen, von jung bis alt, von Arbeitnehmern bis Arbeitgebern, von Ost bis West und Nord bis Süd, Frauen und Männer aus allen Berufsgruppen, die unmittelbar vor Ort tätig werden können und vielleicht nur eines Anstoßes bedürfen.

Die notwendige Initialzündung könnte der nächste Bundesparteitag in Karlsruhe liefern, wenn er sich dieser Thematik annähme und so ein Zeichen in die Partei hinein gäbe und darüber hinaus auch ein Zeichen in die Bevölkerung. Er würde so dem Anspruch des Artikels 21 Satz des Grundgesetzes gerecht, nach dem die Parteien bei Willensbildung des Volkes mitwirken.

Hier konnten nur Schlaglichter gesetzt werden. Es geht mit diesem Beitrag um einen Anstoß zu vertiefender, lösungsorientierter Diskussion. Kritik und Anregungen sind ausdrücklich willkommen.



*Bürgermeister a.D.*  
**Friedemann Schwarzmeier**  
ist Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

# 70 Jahre CDU – Tag der Vereinigungen

In der Jubiläumswoche zur Gründung der CDU trafen sich erstmals die Vereinigungen und Sonderorganisationen der Union im Berliner Konrad-Adenauer-Haus. In Workshops und bei Podiumsdiskussionen gab es einen regen Austausch unter den rund 350 Mitgliedern und Gästen von Junge Union, Frauen Union, EAK, MIT, CDU, KPV, OMV, RCDS, Schüler Union und natürlich auch der Senioren-Union. Am 26. Juni 1945 forderten die Unterzeichner des Berliner Gründungsauftrages der CDU in einem eindringlichen Appell und „aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat auf“. 70 Jahre mussten dann ins Land gehen, bevor sich Männer und Frauen aus allen Vereinigungen trafen, um auf bewegte



V.l.n.r.: Martin Röckert, Bundesvorsitzender des RCDS, Dr. Carsten Linnemann MdB, Bundesvorsitzender der MIT, Niklas Uhl, Bundesvorsitzender der SchülerUnion, Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der SU, Ingbert Liebing MdB, Bundesvorsitzender der KPV, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Dr. Peter Tauber MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Bundesvorsitzende der Frauenunion, PSt Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des EAK, Paul Ziemiak, Bundesvorsitzender der JU, Karl-Josef Laumann, Bundesvorsitzender der CDA und Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der OMV



Angela Merkel würdigt die Vereinigungen.

Jahre zurück- und Jahre voller Herausforderungen nach vorn zu blicken.

Die CDU ist die Partei, „die nicht das Nebeneinander, sondern das Miteinander will“, wie die ehemalige Bundesvorsitzende der Frauen Union, **Maria Böhmer**, in ihrer Anmoderation betonte. Die CDU will Gegensätze überwinden, statt die Gesellschaft zu spalten, die Interessen verschiedener Gruppen im Sinne des Gemeinwohls zusammenbringen. Mit Blick auf dieses Ziel mache gerade das Zusammenspiel der in den Vereinigungen gebündelten Kräfte die Partei so stark, sagte die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende **Angela Merkel**. Und fügte mit einem gutgelaunten Lächeln hinzu: „Die Kraft der Vereinigungen, sich auf unterschiedliche

Themen zu konzentrieren, macht uns als Gesamtpartei auch Druck, manchmal sehr hilfreichen Druck.“ Mit einem Impulsreferat von Frau **Professor Dr. Rump** begann der inhaltliche Teil der Veranstaltung. Die Professorin hob dabei hervor, dass die Vereinigungen ein elementarer Bestandteil der CDU seien und dass sie für ihre Themen mit Leidenschaft arbeiten. Nach dem Vortrag konnten die Anwesenden an drei Workshops teilnehmen. Die Ergebnisse dieser Workshops fanden als

spezieller Beitrag der Vereinigungen und Sonderorganisationen inzwischen Eingang

in ein Strategiepapier des **Generalsekretärs Dr. Peter Tauber** für die CDU-Strukturreform.

Der Generalsekretär ergriff zum Abschluss der Veranstaltung selbst das Wort. Am Ende des Tages bleibe bei allen Debatten die entscheidende Frage: Haben die Menschen in diesem Land das Gefühl, dass sie uns vertrauen können, das wir wissen, was morgen zu tun ist?“ Gerade das Wirken der Vereinigungen trage zu dieser Vertrauensbildung bei, so Peter Tauber, weil sie allen gesellschaftlichen Gruppen eine politische Heimat in der Union böten. (Andreas Oberholz)

Den **Video-Bericht** bei **cdutv** über den „Tag der Vereinigungen“ sowie den „**Imagefilm**“ der Vereinigungen können Sie unter im Internet einsehen unter:

[www.youtube.com/watch?v=Zelxhq2Gb4g](http://www.youtube.com/watch?v=Zelxhq2Gb4g)

[www.youtube.com/watch?v=Z4jvcXmyieg](http://www.youtube.com/watch?v=Z4jvcXmyieg)





Wolfgang Huber, Torsten Meireis, Hans-Richard Reuter (Hg.)

## Handbuch der Evangelischen Ethik

Beck, München 2015

ISBN 978-3-406666605

Gebunden, 736 Seiten, 34,00 EUR

Empfehlung ★★★★★

Dieses vom ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden, Altbischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, mit herausgegebene Handbuch stellt ein Novum im deutschsprachigen Raum dar, denn es handelt sich hierbei erstmals um ein Gemeinschaftswerk führender Fachvertreter, in dem alle auch aktuell relevanten Ethikbereiche – von Rechtsethik (Huber) über Wirtschaftsethik (Traugott Jähnichen) bis Bioethik (Peter Dabrock/Ulrich H.J. Körtner) – einführend und überblicksartig dargestellt werden. Sehr gelungen ist auch der allgemeine Einleitungsteil von Hans-Richard Reuter (Münster), in dem über Grundlagen und Methodik der Ethik klar und fundiert informiert wird. Ein sehr gelungenes Lehrbuch!



Johanna Schulze

## Die Christen im Heiligen Land – Ökumenische Gesichtspunkte

Zlotopol Verlag, Berlin 2015

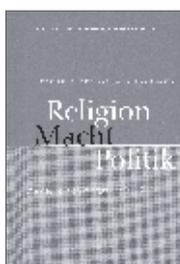
ISBN 978-3-942080-04-0

Kartoniert, 461 Seiten, 25,00 EUR

(Buchbestellung.Schulze@googlemail.com)

Empfehlung ★★★★★

„Können wir im Heiligen Land von gelungener Ökumene sprechen?“ – In der nun erhältlichen Dissertationsschrift unserer Redakteurin und Mitarbeiterin in der EAK-Bundesgeschäftsstelle werden die ökumenischen Beziehungen der zwölf wichtigen Konfessionskirchen im Heiligen Land sowie ihre spezifischen Ökumene-Verständnisse anhand zweier Fallbeispiele eingehend untersucht, und zwar in Gestalt des interkonfessionellen Zusammenlebens in der Jerusalemer Grabeskirche und des „Kairos-Palästina-Dokuments“, in dem die Kirchen in Palästina zur durch den Nahost-Konflikt äußerst schwierigen Situation im Lande Stellung genommen haben. Neben zahlreichen Photos, Tabellen und Abbildungen bietet dieses Buch zusätzlich auch einen vorzüglichen Überblick über die Kirchengeschichte des Heiligen Landes und eine kleine Konfessionskunde. Sehr empfehlenswert!



R. Herpich, P.R. Schnabel, A. Goetze (Hg.)

## Religion – Macht – Politik – Wie viel Religion verträgt der Staat?

Wichern Verlag, Berlin 2015

ISBN 978-3-88981-382-4

Kartoniert, 440 Seiten, 24,95 EUR

Empfehlung ★★★★★

„Kopftuch im Unterricht, Kreuz im Gerichtssaal, Knabenbeschneidung in der Klinik – Religion, die sich nicht versteckt, löst Kontroversen aus.“ – Dieser in Kooperation mit dem Berliner Missionswerk entstandene Band 2 der Berliner Reihe für Ökumene, Mission und Dialog stellt sich der wichtigen Diskussion, wie viel Religion der Staat eigentlich trägt und wie in angemessener Weise mit den Herausforderungen von Pluralismus und Säkularisierung umgegangen werden kann. Die Beiträge stammen von Autoren aus Politik und Gesellschaft, aus Juden- und Christentum sowie dem Islam, u.a. von Bischof Dr. Martin Dröge (EKBO), Bundestagspräsident Norbert Lammert, Hans Michael Heinig und Walter Homolka.



U. Lilie, W. Beer, E. Droste, A. Giebel (Hrsg.)

## Würde, Selbstbestimmung, Sorgeskultur – Blinde Flecken in der Sterbehilfedebatte

der hospiz verlag 2015

ISBN 978-3-9411251-91-5

Kartoniert, 415 Seiten, 19,99 EUR

Empfehlung ★★★

Diakoniepräsident Ulrich Lilie gehört zu den Herausgebern dieses für die aktuelle „Sterbehilfe“-Debatte sehr nützlichen Aufsatzbandes. Trotz des etwas plakativen Untertitels des Buches werden hier wichtige und ergänzende Aspekte des Themas deutlich gemacht, die einmal mehr zeigen, vor welchen großen Herausforderungen wir bereits im Hier und Heute stehen, wenn es um die Fragen der Menschenwürde am Ende des Lebens geht.

## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis  
der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,  
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,  
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

## Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Steffen Schmalor,  
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcdusu.de

## Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Dr. Klaus Wittmann  
Friedemann Schwarzmeier

## Druck Druckerei Conrad

## Gestaltungskonzeption/Realisation EV:

Agentur kollundkollegen, Berlin

## Fotonachweis

Titelbild: © Wittmann  
S. 3: istockphoto © EdStock  
S. 5: istockphoto © flick47  
S. 8: istockphoto © alexandrumagurean  
S. 11: istockphoto © stockfotoart  
S. 12: istockphoto © EOPITZ  
S. 14: © Jördis Zähning

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit  
Genehmigung der Redaktion und mit Quellenan-  
gabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die  
Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die  
der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100% chlorfrei



*„Wenn ihr nicht umkehrt und werdet wie die Kinder, so werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen.“ (Matthäus 18,3)*

Kinder können es in der Regel gar nicht abwarten, erwachsen zu werden. Und oft hat man als Vater und Mutter das Gefühl, dass die bisherigen Jahre mit den „Kleinen“ viel zu schnell an einem vorbei geflogen sind. Von klein auf bis zum großen Spielverderber „Pubertät“ saugen unsere Kinder begierig alles bei uns auf, beobachten uns mit perfekter Präzision und versuchen uns regelrecht nach zu ahmen – bewusst und unbewusst, im Guten wie im weniger Guten.

Jeder, der selbst mit Kindern zu tun hat oder jemals hatte, weiß also: Das elementare Lernen geschieht in der Erziehung weniger durch sporadische Sonntagsvermahnungen und salbungsvolle Lehransprachen in Richtung Großhirnrinde als vielmehr durch beständige Fürsorge, Nähe und Begleitung sowie alltagspraktische Mimikry erwachsener Vorbilder. Wird man dann älter und vielleicht auch weiser, begreift man mit der Bibel plötzlich etwas ganz Wunderbares: Eigentlich müssten wir uns als sogenannte Erwachsene in vielem wieder viel eher unsere Kinder zum Vorbild nehmen, nicht zuletzt auch in Glaubensdingen!

Jesus weiß deshalb, wie riesengroß die Herzen in diesen kleinen, zerbrechlichen Körpern schlagen und wie schier unverwundlich Glaube, Hoffnung und Liebe aus diesen hellen und fröhlichen Augen strahlen können. Aber auch, wie finster und sinnlos es in unserem Leben zu werden droht, wenn diese Augen einmal feucht und traurig werden sollten. Wer das nicht versteht oder nicht nachempfinden kann, dem ist wahrlich nicht mehr zu helfen, auf dessen Gründe ist man absolut nicht gespannt und mit dem möchte man noch viel weniger tauschen!

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU